



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1918

132 (19.3.1918) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-180003](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-180003)

das deutsche Volk in seiner Mehrheit den Versicherungen fernstehe, an denen die Polen Anstoß genommen hätten. Gegenüber der Tatsache, daß das Deutschland durch anwachsende und verlebende polnische Reben hervorgerufen war, ließ die Methode der Befähigung jede Rücksicht auf deutsches Selbstbewußtsein vermissen. Die Methode ist zudem laßig und wird ihren Zweck nie erreichen. Die polnische Annäherung wird dadurch nur gestoppt, und wenn die deutschen Teilnehmer jener Versöhnungskonferenzen an eine Umwandlung der polnischen Gesinnung glauben, so lassen sie sich gewaltig. Groß Konflikt und seine polnischen Begleiter werden es wohl nicht an guten Worten haben fehlen lassen. Sie werden aber unmöglich die Gewähr dafür übernehmen können, daß Polen nunmehr nach der parlamentarischen Versöhnungsaktion von freundschaftlicher Gesinnung Deutschland erfüllt ist. In Wahrheit wird man in Polen jetzt nur noch mehr verlangen als vorher und abermals gekränkt sein, wenn man es nicht erhält.

Das Vorurteil, wie es von den Vertretern der Mehrheitsparteien eingeschlagen worden ist, hat aber auch noch eine andere Seite. Es ist offenbar in seiner äußeren Form markieren, daß sich hier die Vertreter der Wähler unmittelbar gefunden und gewonnen haben. Diese Form mag für Rührungsgründe ganz geeignet sein. Sie bleibt aber doch deshalb sehr bedauerlich, weil sie die politisch verantwortlichen Stellen vollkommen ausschaltet. Die Vertreter der Mehrheitsparteien sind ja wohl auch Vorkämpfer des parlamentarischen Systems. Die vertraulichen Verhandlungen, die sie mit den Polen geführt haben, sind aber mit einem solchen System vollkommen unvereinbar. Die Regierungsform, zu der wir in Deutschland zur Festigung der inneren Verhältnisse nach mancherlei Krisen endlich gelangt sind, beruht auf enger Fühlungnahme zwischen Regierung und Reichstag, d. h. also auf gegenseitigem Vertrauen. Wie soll sich ein derartiges Verhältnis aufrechterhalten lassen, wenn die Vertreter der Mehrheitsparteien auf eigene Faust mit den Polen verhandeln und um dadurch mit unseren ganzen Anliegen im Osten grundrätlich festzusetzen versuchen. Mit einem derartigen Vorgehen ist die Entwicklung sicher nicht. Vermutlich soll doch das Ergebnis der Besprechungen mit den Vorkämpfern der Regierung in irgendeiner Form zur Annahme präsentiert werden. Wir glauben, daß man damit innere Schwierigkeiten heraufbeschwört, denn es ist nicht anzunehmen, daß die Reichsleitung ihre Hand der Ausführung der Pläne selbst, auf die sich die Polen freundlich mit den Vertretern der Mehrheitsparteien geeinigt haben. Die Reichsleitung geht sicherlich auch hier mit der Obersten Herrschaft zusammen und wird deshalb Kräfte in Grenzabschlüssen gegenüber Polen zusammen, wenn sie militärisch notwendig sind. Sie stimmt darin vollkommen überein mit der nationalberalen Reichsstaatsrat, die das Urteil Hindenburgs und Ludendorffs in den militärpolitischen Friedensfragen unbedingt als oberste Instanz anerkennt. Die Vertreter der Mehrheitsparteien aber setzen sich darüber hinweg, um mit den Polen zu einer Verständigung zu kommen, die doch wieder nur der Duelle neuer Rührerhandlungen sein kann. Zu einem festen und dauerhaften Abschluß kommt man nur, wenn man das deutsche Interesse für die Reuestellung der Dinge im Osten maßgebend sein läßt. Die Polen werden sich dementsprechend einrichten müssen. Auf diesem Standpunkt steht die nationalberale Reichsstaatsrat so gut wie die Reichsleitung. Wenn die Vertreter der Mehrheitsparteien den Polen zuliebe innere Schwierigkeiten hervorrufen, so handeln sie nicht wider im Sinne deutscher Interessen, noch ihrer Abmachungen, die nicht nur der Regierung, sondern auch dem Parlament die Verpflichtung gegenseitiger Führung und gegenseitigen Vertrauens auferlegen.

Deutscher Reichstag.

Sitzungsbericht.

□ Berlin, 19. März.

(Von unserem Berliner Büro.)

Die Dienstbesetzung des Reichstages, die um 11 1/2 Uhr beginnt, fand das Haus gut besucht. Nach Erledigung einer größeren Anzahl kleiner Entwürfe, bei denen nach altem Brauch der Abgeordnete Fischer den Börsenanteil bestritt, leitete das Haus die Aussprache über

die Friedensverträge mit Rußland und Finnland fort.

Abg. Dr. Stresemann (natl.):

Der Ansicht Dr. Dauts, daß der Friede mit Rußland ein Gewaltfriede sei, ist nicht einmal Dr. Lensch, der mit Recht sagt, daß dieser Weltkrieg vor allem ein revolutionärer Weltkrieg angefaßt sei, an den Aufstieg Deutschlands. Dieser deutsche Aufstieg hat die Gemeinschaft Englands und Russlands geschaffen und dieser wirtschaftliche Gesichtspunkt ist für die Entstehung des Krieges viel wesentlicher, als die politische Gesichtspunkte (Sehr richtig!). Nicht Deutschland gefährdete das alte Europa, sondern die Jarenmacht ging zugrunde, weil Deutschland schon vor dem Kriege mächtiger war als Rußland. In der „Bolschewistischen Zeitung“ hat der Abgeordnete Cohen auf Bismarcks hohe Verdienste um das deutsch-russische Bündnis hingewiesen. Aber der Reichspolitiker Bismarck wäre der erste, der sich dagegen gewendet hätte, daß man sich im Jahre 1918 auf das bezieht, was man unter ganz anderen Verhältnissen fünfzig Jahre vorher gefast hat. (Sehr richtig!) Wo sind denn die Kontrahenten in Rußland, die geneigt wären, mit uns ein Bündnis einzugehen? Die russische Politik war schon vor dem Kriege deutschfeindlich, während die Grundtendenzen der deutschen Politik die Wahrung des Friedens im jenseitigen Bereich war. Wir haben nirgends die Lattane anderer Völker ausgenutzt. Rußland konnte während des Krieges mit Japan das letzte Katalan von seiner Weltgrenze wegnehmen, weil es unserer wohlwollenden Neutralität über war. Und was war der Dank, den wir für die Schonung Rußlands erhielten? Der Dank war, daß Rußland mit unseren Feinden ein Bündnis gegen Deutschland abschloß. Kaiser Wilhelm hat mit all seiner Intransigenz und seiner Berechnung für den Gedanken der deutsch-englischen Freundschaft gearbeitet. Er ist im Gegensatz zum deutschen Volke während des Trentinoes an die Seite Englands getreten. Wo ist der Mittelsmann, den die deutsche Politik, den wir für unsere Friedenspolitik suchen könnten? Nordafrika wurde verteilt, ohne daß deutsche Ansprüche anerkannt wurden. Unser Bündnis mit der Türkei haben wir aufs Spiel gesetzt, nur um Italien die Möglichkeit zu geben, sich Tripolis anzueignen. England hat sich in Belgien eine immer raffinierterer Provozie. Frankreich schloß sich in Marokko ein großes Kolonialbündnis. Die Welt wurde aufgewirbelt; wir aber stangen in die Konquasumpfe, wir, das am meisten nach Ausbreitung lechrende Volk — wir standen im Schatten.

Das Ergebnis dieser Politik war nicht der Friede, sondern der Weltkrieg, der das Haus der Welt gegen uns. Wir haben diese Welt nicht im Kriege fortgesetzt. Seit dem 1. August 1914 war unsere Politik eingestellt auf den Gesichtspunkt der Schonung der Neutralen, während die russische Politik eingestellt war auf den Gesichtspunkt der Verarmung, sobald es in Englands Interesse lag. Doch unsere Politik der Schonung den Keils unserer Fremde erweitert hätte, vermag ich bis zur Stunde nicht zuzugeben. (Sehr richtig!)

Sans falsch, ist die Behauptung, daß einem Verständigungsfrieden immer Feindschaft, und Amerikaner immer hoch folgen müßten. Frankreich neben Italien, Rußland und Spanien ab; wir aber haben Italien bei in seinem Kampf gegen Österreich und geben ihm damit die Grundlage für seine Stabilität. Heute aber stehen Italien mit unseren Feinden, mit Frankreich, das ihm diese Gebiete vorangetragen hat, ein Bündnis gegen uns an. Der Vergleich mit dem Altstädter Frieden trifft nicht den Kernpunkt. Denn damals reichte Bismarck dem deutschen Bruder die Hand und ein solcher Friede ist nicht zu vergleichen mit einem Frieden nach diesem Weltkrieg gegen Länder wie Frankreich, Italien und Rumänien. Gemäß ist Österreich 1870 neutral geblieben; aber schließlich mancher wegen der Schonung im Altstädter Frieden, als vielmehr infolge unserer schnellen Siege bei Weihenburg und Sedan. Wenn das Jahr 1870 Deutschland eine Niederlage gebracht hätte, es wäre sehr fraglich, ob Österreich nicht trotz des Altstädter Friedens an die Seite unserer Feinde getreten wäre. (Sehr

richtig!) Wenn es mit Rußland zu einem von so wunden Seiten gewünschten Frieden der Schonung gekommen wäre, so wäre die Niederwerfung des alten Rußland mit seiner gewaltigen Armee eine reale Tatsache, mit der wir für alle Zeiten hätten rechnen müssen. Ob dieses wiederhergestellte Rußland mit uns in ein neues Freundschaftsbündnis getreten wäre, ist eine Erwägung, die sich vielleicht erfüllt hätte, ist aber niemals eine reale Tatsache. Esobis tragen diejenigen eine schwere Verantwortung, die die Regierung auf den Weg drängen wollten, selbst unter Ablehnung des Friedens mit der Ukraine, das alte Großrußland künstlich neu herzustellen. (Sehr richtig!)

Man hat für die Notwendigkeit eines starken Rußlands die Gefahr eines großen Wirtschaftskrieges gegen uns geführt. Gemäß haben wir gegenüber der Kapitalismacht Amerikas nach dem Kriege einen schweren Stand. Das gilt aber auch für alle anderen Mächte, namentlich auch für England. Aber ein irgendein organisierter Boykott gegen deutsche Waren, eine organisierte Abschneidung von Rohstoffen, ist nicht möglich. Dazu ist die Selbstsucht nach deutschen Waren in der Welt zu groß. Das zeigen unsere Erfahrungen der Friedensschlüsse im Osten und wenn die Regierung die nötige Ausfuhrbeschränkung erteilt hätte, so hätten wir während des Krieges eine Willkürdenausfuhr nach dem neutralen und nach dem feindlichen Ausland gehabt. England hat aber jetzt, wo es die Folgen des U-Bootkrieges immer mehr spürt, sehr geschickt den Wirtschaftskrieg wieder in den Vordergrund gestellt, um in großen Kräfte Deutschlands den Gedanken wachzurufen, daß auch ein überlebendes Deutschland mit Rücksicht auf diesen Wirtschaftskrieg sich den Forderungen Englands fügen müsse.

Der Abg. Dr. David hat gestern das Abkommen mit Rußland als eine Verständigung der preußischen Junker mit den bolschewistischen Baronen bezeichnet und hat darauf hingewiesen, daß bolschewistische Barone russische Herführer gewesen seien. Eine derartige Gegenüberstellung ist reine Demagogie. (Sehr richtig!) Wenn das bolschewistische Rußland sich Rußland gehabt hätte, dann wäre es längst in Rußland aufgegangen. Man kann aber die bolschewistische Rußland nicht anders regeln, als die Estlands und Litlands. Das bolschewistische Rußland ist eine Einheit. Jetzt schon liegt die Hauptstadt Litlands innerhalb der Grenzen des Friedensvertrages, ebenso wie die Ukraine, obgleich Ostpreußen. Wenn man geltend macht, man dürfe Rußland nicht ähnlich von der See abschneiden, so dürfte man dieses Rußland überhaupt nicht schließen, denn Riga ist als Hafen für Rußland viel wichtiger als Kona.

Ich hoffe überhaupt, daß die Erklärungen des Grafen Hertling über das Verhältnis Litlands und Estlands noch eine festere Form annehmen, wenn wir über die Stimmung in Rußland und Estland mehr als bisher unterrichtet sind.

Wir sind durchaus damit einverstanden, daß Litauen sich eine eigene Vertretung schafft, wenn eine litauische Oberbehörde vorhanden ist, die die Grundrechte hierfür bilden kann. Die Schwierigkeit liegt nicht so sehr, daß sich eine Oberbehörde nicht vorhanden ist, weil die Großrußland im westlichen Polen sind, die litauischen Intellektuellen sich aber außerhalb des Landes befinden. Das selbständige Litauen muß aber, wie die Litauer feinerzeit die litauische Abordnung in Berlin gewünscht hat, eine Litauische Konvention mit Deutschland abschließen. Es muß eine wirtschaftliche Annäherung, eine Zollunion, eine Räumung und eine Politunion schließen. Ein ganz selbständiges Litauen ist unmöglich. Wenn auch der Völkerverbund des Herrn Wilson wie eine Seitenlese nach dem Kriege gerufen wird, so werden doch Völkerverträge mit Hunderten von Millionen Einwohnern, mit Millionenheeren und Ausführen von Milliarden sich bilden.

Wenn die Litauer einen katholischen Fürsten wünschen, so ist das ihr gutes Recht. Es geht eine tiefe Sehnsucht durch die beiden Konfessionen in Deutschland, friedlich nebeneinander zu leben. Wenn die Polen davon sprechen, daß sie den Status quo für Deutschland anerkennen wollen, wenn wir den Status quo für Polen anerkennen, so ist darüber nicht zu reden. Wir wollten am Schluß des Krieges eine internationale Auseinandersetzung über U-Boot-Krieg und die Ostprovinzen haben. Wir diskutieren über Polen und Westpreußen nicht. Ein solches Anstreben ist verfehlt. Wir haben an und für sich ein Bedürfnis, unsere Grenzen nach Osten zu verschieben und zu verfestigen. Aber je weniger Polen dazu kommen, desto besser. Wenn unsere Heerführer sagen, daß unsere heutigen Grenzen unzulässig sind für die Zwecke der Verteidigung in einem künftigen Kriege, wenn eine andere Regelung notwendig ist, dann werden wir einfach unsere politischen Bedenken gegen die Einverleibung polnischen Gebietes gerinnen einschlagen als diese militärischen Erwägungen. Der ewige Friede kommt noch nicht und unter Hergeizt wird uns nicht immer einen Herführer wie Hindenburg schenken, der mit einer Kinderzahl zu liegen weiß. Kein Staatsmann würde die Verantwortung übernehmen, solcher militärischen Forderungen gegenüber die Zustimmung zu verweigern. Die Gedanken der Friedenssicherung sind unter anderen Verhältnissen entstanden. Sie dürfen nicht zu einem Logos erstarren gegenüber den Bedürfnissen des praktischen Lebens.

Die roten Gorden sind auch von den schwedischen Sozialisten abgeschüttelt worden. Die militärischen Expeditionen nach Finnland und nach der Ukraine sollen nichts anderes als die Fundierung des Friedens bringen, damit er Wirklichkeit wird. Wir konnten uns dem Rufe nicht verweigern, zumal sein nächster Stimmesbruder sein Ohr nicht geschlossen hat. Hätte Schweden eingegriffen, den brauchen wir nicht zu helfen. Wir begrüßen das neue selbständige Staatswesen. Unsere Ausfuhr nach Finnland vor dem Kriege war größer als die gesamte Ausfuhr nach der Türkei.

So müßten unsere Wirtschaftsverträge als Handelsverträge sind, so ist doch das Rüge zur Sicherung der Ausfuhrforderungen nicht getan. Man sollte eine Kriegsschuldigung nicht ohne weiteres ablehnen. Wie soll die ungeheure Willkürlichkeit getragen werden? Man darf den Feinden im Westen keinen Freibrief geben. Man darf kein Dogma der Schonung aufstellen, weil sie bewußt den Krieg verlängern; sie sollten auch die Kosten dieser Kriegsverlängerung tragen. (Sehr richtig!)

Die geplante Wasserstraße von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer würde die freundschaftlichen Beziehungen auch zu Rußland fördern. Der Weg von Odessa nach Hamburg würde um 800 Meilen verkürzt werden.

Raumann hat mit Recht gesagt, daß wir eine bedeutende Weststraße zum Frieden zurückgelegt haben. Wo besteht für die Feinde noch die geringste Hoffnung, nachdem wir im Osten den Rücken frei bekommen? Sie können uns wirtschaftlich nicht niederringen und militärisch schon gar nicht, nachdem es ihnen nicht gelungen ist, als sie härter waren. Es ist ein freudvolles Spiel, das die Feinde treiben, indem sie die Völker zwingen sich weiter in diese feindbare Orgie von Rußland hineinzuwerfen. Sie konnten den Verständigungsfrieden haben, sie wollten ihn nicht. Die moralische Verantwortung tragen sie. Möge uns der letzte gewaltige Zusammenstoß den Sieg, aber auch die Auswirkung des Sieges für Deutschlands Zukunft bringen.

Abg. Graf Westarp:

Der Friedensschluß im Osten gehört zu den größten Ereignissen der Weltgeschichte. Rußland beweist uns, daß diejenigen nicht Recht haben, die vom Linken alles Heil erwarten. Unsere Monarchie hat sich dem russischen Jansenismus, aber auch der russischen Demokratie überlegen gezeigt. Herr Erzberger behauptet, der Östfrieden liege im Rahmen der Friedenssicherung. (Graf Westarp recht.)

Die Angriffe des Abgeordneten David auf die Oberste Herrschaft bedauern wir. Der Reichstanzler kann niemals ohne die Oberste Herrschaft Frieden schließen, die ihm erst die Möglichkeit zum Friedensschluß gegeben hat. Im Westen haben wir jetzt nach Ludendorffs Auslösen auch die zahlreichste Uebermacht. Das ist für mich das schlaueste Zeichen des Ostfriedens. Für die erste Zeit nach dem Frieden können wir im Osten mit einer Entlastung rechnen, aber unsere Grenzen müssen nach dem Osten hin verschoben werden und so stark wie möglich gemacht werden. Wir sind bei der Ausbeutung wirtschaftlicher Forderungen außerordentlich bescheiden gewesen. Bei Konfessionen, Bergwerken, Aktiengesellschaften sind unsere Rechte nicht genügend gemehrt. Gegenüber Rumänien und namentlich auch dem Westen dürfen wir nicht so beschreiben sein. Vor allem müssen wir eine Kriegsschuldigung fordern. Der Vorschlag der Sonderverträge ist, daß wir hier vollendete Tatsachen schaffen, die die spätere Konferenz nicht erst nachprüfen hat. Die Balken

haben an ihrem Deutschtum festgehalten. Manche Deutsche können sich daran ein Beispiel nehmen. Ganz besonders freuen wir uns darüber, daß die Kurden sich auf monarchischen Boden gestellt haben. Gerade jetzt begrüßen wir jede Stärkung des monarchischen Gedankens. Das neue Einigenkommen gegen Polen hat Befremden erregt. Bei Friedensverhandlungen mit dem Westen haben wir jetzt feste Hand, um Entschuldigungen zu fordern und unsere Grenzen zu sichern. Von Küstungseinschränkungen nach dem Krieg darf keine Rede sein. Dank gebührt unserem hochbediensteten Herr.

Abg. Ledebour (U. Soz.):

Bestern sprechen die drei Regierungsparteien, die einen Verständigungsfrieden wollen. Heute die Annerkennungspolitik. Und nur die Annerkennungspolitik sind mit der Regierung einverstanden. Wir lehnen den Friedensvertrag natürlich ab (Heutezeit).

Letzte Meldungen.

Der Wortlaut der Erklärung Londons.

Haag, 18. März. (W. B. Nachrichten.) Das Korrespondenzbüro teilt mit: Die Erklärung, die der Minister Landon heute in der Zweiten Kammer abgab, hatte folgenden Wortlaut:

Mein Herr Vorsitzender! Aus der Note, die ich Ihnen am 11. März zukommen ließ, ist der Kammer bekannt geworden, daß die Regierung in Erwartung des verzögerten Abschlusses der unguiltigen wirtschaftlichen Regelung mit den alliierten Regierungen diese letzteren um einen Barfuß von 100 000 Tonnen Weizen von den 400 000 Tonnen, welche die Niederlande bei der endgültigen Regelung im Rahmen des Londoner Basis of Agreement zugesichert werden sollten, ersucht hat. Die alliierten Regierungen stimmten dem zu, jedoch unter der Bedingung, daß dann auch vorläufig ein Teil unserer Schiffsraum, der bei der endgültigen Regelung zur Verfügung der alliierten Länder gestellt werden sollte, schon ungehindert für diesen Zweck abgetreten werden sollte. Im Hinblick auf die Zusammenkunft der Vertreter der alliierten Länder am 18. März wurde ich ersucht, die Entscheidung der niederländischen Regierung vor diesem Tage mitzuteilen. In Erwägung der Interessen der Lebensmittelbeschaffung für unser Volk war die Regierung schon im Begriff, auf die vorläufige Vereinbarung einzugehen, als von Seiten der alliierten Regierungen plötzlich die Forderung gestellt wurde, daß der oben genannte Schiffsraum auch in der sogenannten „gefährdeten Zone“ verwendet werden sollte. Daß die Schiffe außerhalb der gefährdeten Zone fahren sollten, war von niederländischer Seite schon lange als grundsätzliche Bedingung für den Abschluß von Vereinbarungen aufgestellt worden. Von alliierten Seite hatte man sich mit der Annahme dieser Bedingungen einverstanden erklärt. Die Beweggründe, welche zur Aufstellung der Forderung der alliierten Regierungen geführt haben, lasse ich dahingestellt. Die Rechtsmäßigkeit einer solchen Forderung kann die niederländische Regierung nicht anerkennen, auch nimmt sie in keiner Weise mit der in einigen Ländern jetzt gehegten Auffassung überein, als ob einer der Kriegführenden, wenn seine Schiffsflotte übermäßig sei, völkervertraglich bestraft sein würde, neutrale Schiffe zumal durch Gewalt zu zwingen, ausschließlich in seinem Dienst zu tun. Das Völkervertraglich erkennt diese Befugnis nur in den größten Ausnahmefällen an, nämlich wenn es sich um die Erreichung irgend eines unmittelbar notwendigen strategischen Zweckes handelt.

Die niederländische Regierung teilte nach reiflicher Überlegung den alliierten Regierungen mit, daß sie sowohl aus politischen wie aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten die ernstesten Bedenken gegen die gestellten Forderungen habe, schon jedoch ihre endgültige Beantwortung auf, da sie mit der Weigerung, die unserem Lande im kommenden Sommer droht, und mit der Wahrscheinlichkeit, daß eine Weigerung die Abschneidung aller überseeischen Zufuhr zur Folge hätte, zu rechnen hätte, hielt sie es nämlich für ihre Pflicht, sich vorher zu vergewissern, ob in diesem Falle Progtreide von den Mittelmächten zu bekommen sein würde. Sie wandte sich an die deutsche Regierung mit der Frage, ob auf die Lieferung von 100 000 Tonnen Weizen binnen zweier Monate gerechnet werden könne. Die Antwort war entschieden verneinend. Die deutsche Regierung erklärte, daß sie, so gerne sie bereit sein würde, den Niederlanden zu helfen, doch mit Rücksicht auf den Bedarf einiger ihrer Bundesgenossen nicht instande sein würde, unseren Verlangen zu entsprechen, während sogar hinsichtlich der späteren Abgabe einer kleinen Menge keinerlei Sicherheit gegeben werden konnte.

Unter diesen Umständen glaubte die Regierung sich gezwungen, die Forderungen, die von den alliierten Regierungen mit der Lieferung von 100 000 Tonnen Weizen für die niederländische Bevölkerung vor dem 14. April verknüpft wurden, anzunehmen. Sie hat jedoch ihre Zustimmung von folgenden Bedingungen abhängig gemacht:

An erster Stelle muß feststehen, daß die Niederlande auf die Verteilung des niederländischen Schiffsraums oder auf die Verlegung des Landes nach dem in Londoner Basis of Agreement angegebenen Maßstab über die Wahl der Regierung sehr auf ihren endgültigen Vorschlag den alliierten Regierungen in den Grundzügen Mitteilung gemacht zu haben, rechnen können. Auch muß wohl verstanden werden, daß Sanktionen für die Einfuhr der für die Niederlande eben erwählten zur Rationierung bestimmten Güter an die dafür anzuweisenden niederländischen Schiffe gegeben werden, sowie daß ferner in der gefährdeten Zone von den alliierten Regierungen folgendes gewährleistet werden muß:

1. daß die Schiffe keine Truppen oder Kriegsmaterial transportieren;
2. daß sie nicht bewaffnet werden;
3. daß es den Besatzungen vollkommen freigestellt bleibt, an den Fahrten teilzunehmen oder nicht; und endlich
4. daß die ev. vernichteten Schiffe sofort nach dem Krieg ersetzt werden.

Soweit glaubt die Regierung gehen zu müssen. Sie hat sich dazu mit Rücksicht auf die Not nicht nur hier im Lande, sondern auch in den Kolonien genötigt gefühlt, während sie sich außerdem wenigstens einen bedeutenden Teil unserer Flotte, die für die Gegenwart und Zukunft unseres Volkes von äußerster großer Bedeutung ist, sicher. Weiter kann und darf die Regierung nicht gehen.

Letzte Handels-Nachrichten.

Mannheimer Effektenbörse.

Zur Notierung gelangen Umsätze in Aktien der Unionwerke Mannheim. Sonst war stiller Verkehr vorherrschend. Höher stritten sich: Mannheimer Gummi- und Südd. Drahtindustrie-Aktien, Westeregeln, Zellulosefabrik Waldhof etwa niedriger, ebenso Badische Brauerei-Aktien.

Aus Stadt und Land.

Neuregelung der Bekleidung der Heeresangehörigen.

Die Kaiserl. Reg. schreibt heftig: Die Bekleidungs- und Schuhbekleidungsstellen sind durch Befestigung der Bekleidungsstellen vom 9. März 1918 neu geregelt worden. Die Herstellung aller Heeresangehörigen erfolgt jetzt grundsätzlich durch die Heeresverwaltung. Nur in gewissen, von den Disziplinarrichtungen in einem Antragsverfahren zu beschreibenden Fällen können sie noch Bekleidungsstellen auf bürgerliche Kleidung erhalten; wenn das Tragen bürgerlicher Bekleidungsstücke notwendig ist zur Ausführung gewisser Dienstverrichtungen, wegen bevorstehender Ausreise aus dem Militärdienst, wegen längerer Beurlaubung zur Ausübung eines bürgerlichen Berufs, wobei das Tragen bürgerlicher Kleidung notwendig ist, oder wenn (bei Mannschaften und Beamten) eine militärische Einstellung nicht erfolgt ist. In diesen Fällen ist die für die bürgerliche Bekleidung des Heeresangehörigen (persönlicher Wohnort) zuzulassende Bekleidungsstellen (persönlicher Wohnort) zuzulassende Bekleidungsstellen für die Erfüllung des Bekleidungsstellen zuzulässig, wenn eine solche Wohnung im Deutschen Reich nicht vorhanden ist sowie im besonderen auf dem Antragsverfahren als dem militärisch beschleunigten Antragsverfahren jede Bekleidungsstellen-Ausfertigung zulässig.

Für Kriegsgefangene Deutsche im feindlichen und neutralen Auslandes bestanden künftig schließlich die Heeresverwaltung Bekleidung und Schuhwerk. Antragsteller sind daher an die zuständigen Gesandtschaften zu wenden. Das gleiche gilt für im Ausland untergebrachte Kriegsgefangene feindlicher Völker (auch Offiziere und Beamte im Offiziersdienst). Antragsteller sind an das zuständige Gesandtschaftsamt zu wenden. Die Bekleidung durch die Heeresverwaltung für Offiziere und Beamten ihnen gleichgestellten Personenteile erfolgt auf Grund einer militärischen Reisekarte. Den Gemeindefunktionären ist bei Strafe verboten, ohne Bewilligung aus dem Reich diese Militär-Kleiderarten bezugsfähig zu machen.

Wie wird die Tragfähigkeit der Kriegsfleisch verlängert?

Durch die lange Dauer des Krieges ist Leder und damit Lederbekleidung außerordentlich knapp geworden. Letzteres sieht daher nur noch für diejenigen Berufskreise zur Verfügung, welche zur Ausübung ihrer Arbeit unbedingt Lederbekleidung haben müssen. Das sogenannte Kriegsfleisch wird aus Stoffen hergestellt, die wohl Ertrag für Leder bieten, jedoch eine viel kürzere Tragdauer haben. Durch sorgfältige Behandlung kann diese Tragdauer wesentlich verlängert werden.

Bestimmte Maßnahmen sind: 1. Bekleidung (Bekleidung) aller Schuhmacher. 2. Die Bekleidung (Bekleidung) der Soldaten, der Arbeiter und Holzbohlen. 3. In kurzen Zeitabständen regelmäßig zu prüfen. 4. Die Bekleidung ist sofort zu ersetzen. 5. Da Holz und andere Erzeugnisse sich nicht mehr ausbessern lassen, wenn die Bekleidung zu weit vorangeschritten ist, empfiehlt es sich, Schuhe mit Holzbohlen und anderen Ersatzstoffen dem Schuhmacher zeitlich zur Ausbesserung zu geben. Es besteht dadurch die Möglichkeit, manchen Schuh mit geringeren Kosten noch einmal auszubessern, der, wenn er zu weit heruntergetragen ist, nicht mehr wiederhergestellt werden kann. (M.B.)

Hauspflege-Bereine.

Dem Bericht des Hauspflege-Bereine über das Jahr 1917 entnehmen wir folgendes:

Am Dezember 1917 vollendete der Hauspflege-Bereine das 16. Jahr seiner Tätigkeit, die sich in der herbeibrachten Weise vollzog, in der Innenstadt ebenso wie in den äußeren Vororten, Redarun, Rheinun und Waldhof und in der neuen Filiale Heidenheim. Im Jahre 1917 beschäftigten wir in der Stadt im Ganzen 58 Arbeiterinnen, gegen 57 im Vorjahr, auf dem Waldhof 7 (11), in Redarun 5 (4), auf der Rheinun 2 (2). Wir gaben in der Innenstadt, auf dem Waldhof und in Heidenheim insgesamt 605 Pflegen in 6969 Tagen und 1637 halben Tagen (1916 in der Innenstadt und auf dem Waldhof 544 Pflegen in 5657 Tagen und 1590 halben Tagen) in Redarun 77 Pflegen in 665 Tagen und 283 halben Tagen (63 Pflegen in 270 Tagen und 149 halben Tagen), auf der Rheinun 1 Pflegen in 270 Tagen und 149 halben Tagen). Die Stadt waren die Zahlen ähnlich wie im vorangehenden Jahre. Die Stadt gewährte uns einen Zuschuss von 9000 Mark, (8000), der Kreiszuschuss leider nur einen solchen von 200 Mark (800), dazu erhielten wir mehrere reiche Spenden und Vermächtnisse. Erreichtemerte sind zu Anfang des neuen Rechnungsjahres viele Firmen, deren Arbeiterfrauen von uns versorgt wurden, mit größeren jährlichen Beiträgen unsern Bereine beigetreten.

h. Lösung der Militärkrankenwörter. Militärkranken-Gesellschaften und -Gemeine belegen grundsätzlich die im Erlaß vom 6. Dezember 1917 (M. B. Bl. S. 601) festgesetzten Wohnungsverhältnisse. Solchen Militärkrankenwörter-Gemeinen, denen auf Grund der Militärkrankenwörter-Ordre vom 8. Januar 1917 (M. B. Bl. S. 14) und des Erlasses vom 1. April 1917 Nr. 3329/3, 17 M. A. die Militärkrankenwörter-Gesellschaften von 2340 M. (mobil) und 1740 M. (immobil) weiter gewährt werden dürfen, ist der Mehrbetrag von 240 M. dieser Höhe gegenüber den im Erlaß vom 6. Dezember 1917 (M. B. Bl. S. 601) neu festgesetzten Wohnungsverhältnissen von 2100 M. (mobil) und 1500 M. (immobil) nummehr solange übererlaubt zu zahlen, bis sie in eismäßige Militärkrankenwörter-Gesellschaften eingereiht sind.

h. Lösung von Näumungsurteilen gegen Kriegerfrauen. Durch die Presse gingen in den letzten Monaten mehrfach Nachrichten, nach denen der Vollzug von gerichtlichen Urteilen, die auf die Verpfändung zur Lösung einer Wohnung lauten, gegen Kriegerfrauen unzulässig wäre. Diese Nachrichten waren teilweise einigermassen irreführend. Die Zeitungsdirektoren des Baver. Volksvereins stellen dazu fest: Gerichtliche Verfügungen, nach denen Kriegerfrauen gegen den Vollzug von Näumungsurteilen einen bestimmten Schutz genießen, betreffen nicht. Wichtig ist es jedoch, daß selbst dann, wenn die Ehefrau den Widerstand allein geschuldet hat (wie dies bei Abwesenheit des Mannes im Felde häufig vorkommt), trotz der dem Ehemann als Haushaltungsvorstand zukommenden Befugnisse die tatsächlichen Verhältnisse in der Regel so liegen werden, daß ein nur gegen die Frau gerichtetes Urteil zum Vollzug der Näumung nicht genügt; immerhin sind hier im einzelnen Fall abzuwägende Erwägungen verschiedener Gerichte durchaus denkbar; auch ist natürlich Voraussetzung, daß die Eheleute nicht getrennt, sondern in häuslicher Gemeinschaft leben, wobei zu beachten ist, daß die häusliche Gemeinschaft und die Eigenschaft des Mannes als Haushaltungsvorstand durch vorübergehende Abwesenheit, insbesondere durch Kriegsdienst, nicht aufgehoben wird. Was hier gesagt ist, gilt für alle Ehen, gleichviel, ob der Mann Kriegsteilnehmer ist oder nicht. Kriegsteilnehmer (nicht aber deren Ehefrauen) sind nur dadurch etwas im Vorteil, daß 1. Urteile gegen sie im allgemeinen schwerer zu erlangen sind als gegen Nichtkriegsteilnehmer und 2. die gerichtliche Abwendung der Folgen der nicht zahlungsfähigen Forderung einer Geldforderung (hier des Mietzins) bei Kriegsteilnehmern erleichterten Verfügungen unterliegt; der Wunsch, diese den Kriegsteilnehmern zukommenden Vorteile auszunutzen, ist vielleicht manchmal der Vater des Gedankens, die Gewährung der Näumung auf Grund eines nur gegen die Frau gerichteten Urteils auch in Fällen zu erlauben, in denen ein Urteil gegen die Frau für sich allein noch nicht genügt.

h. Im Verein für Volkshilfe sprach vor diechgebrannter Redner Herr Dr. Bernhard Weber über die künftigen Eisenbahnen in Kleinasien. Dank der geschichtlichen, wirtschaftlichen und politischen Gliederung seines Vortrages verstand er das äußerst unpopuläre Thema so klar, anschaulich und anschaulich zu behandeln, daß wohl jeder der Zuhörer wohl auf seine Kosten gekommen ist. Unlängst da der Redner aufgrund seiner Unterhaltungen Ausführungen wie durch die große Anzahl vorzüglicher Lichtbilder des Verfalls für die Kette von Konstantinopel bis nach Aleppo gewandt und gezeichnet wurde. Man durchzieht

mit der anatolischen Bahn das an landwirtschaftlichen Reizen so reiche Kleinasien, durchzog mit der irakischen Linie die fruchtbaren Hochebenen bis zur arabischen Wüste und begleitet auf der hebräischen Strecke die Rißer nach den heiligen Städten von Medina und Mekka. Dabei wurden die bis jetzt fertig gestellten Teile der Bagdadbahn beschrieben, soweit sie im Felde vorgerückt werden dürfen. Zum Schluß lehen wir die Domänen auf ihrem Wege durch die wildgebirgige Sinaihalbinsel an den Suezkanal bis nach Kairo unter die Pyramiden des Gizeh dem gegenwärtigen Vorkriegs der Engländer. Die vorzüglichsten Eigenschaften des Iraks, die finanzielle, wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung der Erschließung der nördlichen Länderstrassen durch die durch deutsches Kapital ermöglichten Schienenstränge, die Hebung der landwirtschaftlichen Erträge durch die von der deutschen Orientbank durchgeführten künstlichen Bewässerung großer Flächen, die Einigkeit der Völker der von den feindlichen Mächten an die Bahnhöfe gebrachten Erzeugnisse, die ungenügende Unterhaltung deutscher Auslandsschulen in Kleinasien, die Absichten der Engländer bei der Eroberung von Mesopotamien und die Durchführung ihres großen Eisenbahnplanes durch Afrika und Asien, liefern sie im Osten fleigreich bleiben — alles wurde einer eingehenden Betrachtung unterworfen. Daher schloß der Redner mit einem elektrischen Rohmwort zum Zusammenhalten, Anhalten und Durchhalten im U-Bootkrieg gegen England, damit unter dem Vorzeichen der Durchführung der großen Wirtschaftsober von Hamburg bis Bagdad Wirklichkeit werde. Anstehender allgemeiner Beifall dankte für die anregenden und belehrenden Ausführungen, die alle anderthalb Stunden aufs angenehmste gefüllt hatten.

h. Im Verein für Frauenstimmrecht sprach gestern abend Frau Dr. Käthe Kollwitz, Vorstandsmitglied des deutschen Reichsverbandes für Frauenstimmrecht über "Warum fordern wir das Frauenstimmrecht". Sie wies darauf hin, daß es eine Ungerechtigkeit sei, daß man ein Drittel aller gewerblichen Personen von der Mitarbeit in Staat und Kommune ausschließe. Die Frau mache im Leben ihre eigenen Erfahrungen, und diese sollte sich die Gemeinde auch zunutze machen. Der Mann sei wohl großzügiger, die Frau aber sparsamer, und die Art des Mannes würde sich mit der der Frau gut ergänzen zum Wohle des öffentlichen Lebens. Die Frau habe seit im Kriege Gelegenheiten gehabt zu beweisen, daß sie Outes zu leisten imstande ist, und viele Frauen, die früher dem Haushalt nach Frauenstimmrecht ferngeblieben, hätten sich aus ihrer sozialen Arbeit heraus zu ihm befannt. "Freie Bahn dem Taktigen" — dieses Wort muß auch für die Frau gelten. In der Hinterbliebenen- und Kriegsbeschädigtenfürsorge, in der Wohnungsfrage, Seuchenbekämpfung, Jugend- und Säuglingsfürsorge eröffne sich ein weites Arbeitsgebiet, auf dem die Mitarbeit der Frau unerlässlich ist. — Auf Vorschlag der Vorsitzenden, Frau Wolf-Jaffe wurde folgende Entschließung angenommen: "Je mehr die städtische Sozialarbeit sich mit Wohnungsfürsorge, Kinderfürsorge, Jugendfürsorge, Kranken- und Mutterfürsorge und verwandten Gebieten nach dem Krieg beschäftigen wird, umso weniger kann sie auf die Mitwirkung der Frauen verzichten, ohne damit die Beziehungen zum Volke zu verlieren. Die einzige Form ist nach Ueberzeugung des am 18. März versammelten Frauen, bei Gelegenheit eines Diskussionsabend des Mannheimer Vereins für Frauenstimmrecht, die Verleihung des aktiven und passiven Wahlrechts in Baden an die Frauen in der Gemeinde. Die Verleihung spricht sich für die geplanten Veränderungen der Gemeinde- und Stadtordnung die Hoffnung aus, daß der badische Landtag sich zugunsten der Forderung des Gemeindevahlrechts für die Frau entscheiden wird."

Mannheimer Strafkammer.

Strafkammer I. Sitzung vom 14. März. Vorsitzender: Landgerichtsrat Dr. Strauß.

Als am 17. Januar ds. Js. in der Wirtschaft „zur Linde“ ein Kanonier verhaftet wurde, legte sich, ob das ihn die Sache etwas anging der Kanonier Georg St. ein Kriegsgewand, ins Mittel und wollte die Verhaftung nicht eher zulassen, bis er den Grund wisse. Das Ende war, daß er selber auch in Haft geriet und dann vom Schöffengericht wegen verächtlicher Erregungsbeförderung und Hausfriedensbruchs zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt wurde. Er legte Berufung ein und behauptete heute, ihm sei Unrecht geschehen; denn er habe die Schlußseite nicht gebrochen, sondern ihnen geholfen, er habe aber dafür noch Prügel bezogen. Die Berufung blieb ohne Erfolg.

Einem anaraberen Fehler hat der Schloffer Josef Hentschel, ein Bäcker, er sieht, wo es geht. Auf allen seinen Arbeitsplätzen, bei Benz, in Dresdener Fabriken usw. hat er gepunkt. Im Oktober d. Js. stand er bei der Firma Rhena in Käfertal in Arbeit. Dort gingen unter seinen gewöhnlichen Jüngern Zerstörung und Raubhandlungen im Werte von 250 Mark aus dem Betriebe. Es wird auf 4 Monate Gefängnis erkannt.

Im Dezember d. Js. kam zu einem Wehnermeister in Sandhofen eine 17jährige einseitige Verwandte aus Ströburg, ein hübsches, elegant gekleidetes Mädchen, auf Besuch und blieb einige Wochen. Eile S. war viel auf der Eisenbahn in Mannheim, und schien, wie die Briefwechsel bewies, sich für eine höhere Ausbildung berufen zu halten, als die einer Konfirmandin. Möglich reiste sie ab und dann entdeckte der Wehnermeister, daß ihm aus seinem Schreibtisch von 10000 Mark, die er dort aufbewahrt hatte, 1700 Mark geflohen waren. So war es, Eile S. hatte eine Gelegenheit abgepaßt und mit einem Nachschlüssel den Schreibtisch geöffnet. Dann reiste sie nach Stuttgart und München, spielte, in den ersten Hotels absteigend, die große Dame und in 14 Tagen war das Geld voran. Heute, so es wegen unverschämten Verwahrlosungsbrauches 10 Monate Gefängnis, aber auf dem Wege vor dem Gerichtsaal hagelte es nach der Verhandlung von Darmstadt der Ströburger Verwandten, daß man das Mädchen in Schande gebracht habe.

Kommunale

h. Weinhelm, 17. März. Der städtische Kommunalverband veranlaßt die Einnahmen aus dem Milch-, Butter- und Käseverkauf im Jahre 1918 auf 250 000 Mark. Der gesamte Warenumsatz des städtischen Kommunalverbandes hatte im Jahre 1917 einen Wert von 1,2 Millionen Mark, gegen 1,2 Millionen im Jahre 1916. Die Schuld des Kommunalverbandes Weinhelm-Stadt bei der hiesigen Bezirkspartelle ist im letzten Jahre von 120 829 Mark auf 194 518 Mark gestiegen, doch hat sich gleichzeitig der Warenvorrat von 119 516 Mark auf 180 654 Mark erhöht. Dem nächsten Verleber entsprechend sind die Unkosten, welche im Jahre 1916 noch 21 774 Mark betragen, im Jahre 1917 auf 45 787 Mark gestiegen. In den beiden Berichtsjahren wurde ein Gewinn von zusammen 11 104 Mark verbucht. Aufgrund eines Berichtes des Bürgermeisters Rabenold aus Mannheim hat der Gemeinderat den Vorschlag des Kommunalverbandes für 1918 genehmigt und unterbreitet dem Bericht des Bürgermeisters über die Jahresrechnung für 1917 dem Bürgerauschuss in dessen für den 20. ds. Mts. anberaumter Etatsberatung.

h. Bobberg, 18. März. Die Stadtgemeinde Heilberg will im Bezirk Bobberg eine Milchzentrale errichten, in der die aus den Umbezirken Bobberg und Werchlin für die Stadt Heilberg abzuleifernde Milch versammelt und in einem Milchfuhrwagen nach Heilberg gebracht werden soll. Diese Milchzentrale sollte im Anwesen der Molkereier Bobberg, die zurzeit nicht im Betrieb ist, eingerichtet werden. Der Verkauf der Brauerie kam aber nicht zustande. Jetzt will man die Milchzentrale in Schmelgen bei Bobberg errichten, dessen Bahnhof für den Milchverkehr günstig gelegen ist.

h. Bruchsal, 13. März. Der Bürgerauschuss hat nach einer Vorlage des Stadtrates an, nach der zur Beteiligung der Stadt an der Mittelböhmerischen Wohn- und Elektrizitätsgesellschaft ein Kapital aufgenommen werden soll.

h. Brunn, 18. März. Der Bürgerauschuss hat den städtischen Vorschlag für 1918 angenommen. Er lehnt mit einer Einnahme von 454 440 Mark und einer Ausgabe von 576 419 Mark, jedoch 121 979 Mark ungedeckter Aufwand verbleibend, wodurch die Erhebung einer Umlage von 32 Pf. nötig ist. Für die Mittelböhmerische wurden 35 000 Mark bereitgestellt.

h. Öhringen, 18. März. Nach dem städt. Sozialrat trägt die Summe der Ausgaben 865 808 Mark (1 275 979 Mark) der Einnahmen 3 151 Mark (220 423 Mark), jedoch sich ein ungedeckter Aufwand von 564 677 Mark ergibt. Die Umlage ist wieder auf 40 Pf. festgelegt.

h. Mainz, 18. März. Für die Pflege der aus Rußland heimkehrenden Kriegsgefangenen, für die Errichtung eines Quarantäneaufenthalts vor ihrer erpöhligen Rückkehr nach Deutschland, für Gewährung von Unterhaltung durch Theatersbesuch usw. hat die Stadt Mainz dem Gouvernement Warschau einen Beitrag von 3000 M. zur Verfügung gestellt.

h. Frankfurt a. M., 15. März. Die Stadt Frankfurt a. M. hat sich zur Aufgabe gestellt, die gesamte für die Säuglingserziehung erforderliche Milch in Eigenwirtschaft zu gewinnen. Es ist danach für 800 Milch- und 650 Stück Jungeziege geordnet Weideseiten zu beschaffen. Zu zwei Dritteln ist dies bereits durch Uebernahme einer Anzahl von Pachtgründen und ähnliche Maßnahmen von Stütungen erreicht. Um auch den restlichen Teil der Aufgabe zu erfüllen, hat der Magistrat beschlossen, nach das Domänenamt, Kloster Thron im Taunus auf 25 Jahre zu erpachten und in Verbindung damit auf weiteren Pachtgründen eine Weidewirtschaft im hinter Taunus einzurichten.

h. Bonn, 18. März. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurden die Gaspreise um 3 Pf. auf 20 Pf. das Kubikmeter, die Preise für elektrisches Licht von 55 auf 60 Pf. für elektrische Kraft um 3 auf 24 Pf. die Kilowattstunde, den Einheitsfahrpreis auf der Straßenbahn von 15 auf 20 Pf. bei einzelnen Fahrten, auf 175 M. für 10 Fahrten erhöht.

Aus dem Großherzogtum.

h. Schwetzingen, 18. März. Die Schwester-Oberin der hiesigen Niederbrenner Schwestern kann in diesen Tagen auf eine 25jährige Tätigkeit in unserer Stadt zurückblicken. Am 20. März 1893 kam sie als Industriehilfsarbeiterin hierher und wurde später Oberin der hiesigen Niederbrenner. In beiden Stellen zeigte sie ungemeine Hingabe und vorbildliche Eifer. Viele Frauen und Mädchen waren einst ihre Schülerinnen, und viele Kranke verdanken der liebevollen Pflege Erleichterung in ihrer Not. In Ehren der Oberin fand gestern eine kleine Feier statt.

h. Heidesheim, 18. März. Eine Weisung, in derbe verpackt und falsch deklariert wurde hier im Bahnhof der Rhein-Redarun-Bahn konstatiert. Es sollen etwa 3/4 Zentner sein, auch noch etwas Kleie. Wie man erfährt, hat diese Sendung ein Feldgarnier an seine Familie aufgegeben. Woher das Mehl kommt, ist noch nicht aufgeklärt. Die Ware wurde dem Kommunalverband vorerst übergeben, der darüber verfügen wird.

h. Heilbronn, 17. März. Ein 17jähriger Schlosserlehrling brachte seinem gleichaltrigen Kameraden nach einem kurzen Wortwechsel, mit dem Messer einen Stich in den Rücken bei, wobei die Lunge verletzt wurde. Der Schwerverletzte befindet sich im Lebensgefahr.

h. Heilbronn, 18. März. In der hiesigen Umgebung und längs der Hänge der Bergstraße stehen die Mandelbäume in voller reicher Blütenpracht.

h. Aus dem Odenwald, 18. März. Die jagdlichen Ergebnisse waren in der letzten Zeit ganz geringfügig. Ingeändert blieben wurden bei den letzten Jagdergebnissen infolge früherer Vorkämpfe der Reinde die Jagdpreise gemindert in die Höhe getrieben. Bei der Steigerung der Jagd in Rotenbrunn im hiesigen Odenwald, wo ehemals der Jagdpreis bloß 60 Mark betrug, wurden 1255 Mark erzielt. Die Jagd in der Gemeinde Heidesheim wurde im 500 Mark freihändig erworben. Die Gemeinde Oberstelsbach erzielte für ihre Jagd eine Abfindung von 2400 Mark. Die Gemeindejagd Vorrath ist von einem Mannheimer Herrn gekauft worden.

h. Heilbrunn, 18. März. Ein 82jähriger Privatier fiel die Treppe hinunter und starb an den dabei erlittenen Verletzungen.

h. Kallat, 18. März. In der Nacht zum Mittwoch brannte die Klubhütte des Rostatter Turnvereins im Schwabenroth vollständig nieder, wodurch dem Verein ein Schaden von etwa 2000 Mark entstanden ist.

h. Willingen, 14. März. Der Bauhuf-Bereine Willingen C. G. m. u. H. feiert am Sonntag, den 17. ds. Mts. sein goldenes Jubiläum. Der Direktor des Bauhuf-Bereins Willingen, Herr S. Schlichter, der auch Direktor des Verbandes der Oberböhmerischen Kreditgenossenschaften ist, hat mit großem Eifer eine umfangreiche Jubiläumsschrift herausgegeben, in der er eine sachlich stützende Uebersicht nicht nur über die Geschichte und die heutige aktionsreiche Höhe des Vereins, sondern auch der Oberböhmerischen Kreditgenossenschaften gibt. Der Verfasser, der selbst schon fast 25 Jahre mit aller Umficht an der Spitze des Bauhuf-Bereins Willingen seines Amtes waldet, darf rückschauend von stolzer Höhe aus verkünden, daß der Jubiläum seine genossenschaftlichen Wurzeln in langen Friedensjahren, wie auch in der schweren Kriegszeit aufs Beste erfüllt hat. Der Bauhuf-Bereine Willingen zählte 1870: 135 Mitglieder, 1894 schon 289 und 1917: 608; die Sparerlösen waren 1870 M. 8000, 1894 M. 169 000, 1917 M. 2 004 000, der Umsatz ist von 97 000 Mark im Jahre 1870 auf M. 5 678 000 1894, und 116 750 000 Mark im Jahre 1917 gestiegen; der Reingewinn in dieser Zeit von 220 Mark auf 7888 und 33 900 Mark; eigenes Vermögen war 1870 Mark 14 000, 1894 bereits 157 175 Mark und 1917 822 000 Mark vorhanden. Der Gesamtumsatz in den 50 Jahren betrug Mark 1 261 000 000. Bei den sieben Sparersparnissen zeichnete der Bauhuf-Bereine Willingen zusammen Mark 3 210 000, davon für sich 592 100 Mark, für fremde Rechnung Mark 2 617 000.

Handel und Industrie.

Mannheimer Börsenbau-Akt.-Gesellschaft.

Nach dem Bericht des Vorstandes über das am 31. Dezember 1917 zu Ende gegangene Geschäftsjahr haben sich unter dem Einfluß des Krieges sowohl die Mieteinnahmen als auch die Beiträge der Börse weiter vermindert. Die bisher als Kasse benutzten Räumlichkeiten des 2. Stockes, die seit 1. Oktober 1917 leer stehen, sollen zu einem angemessenen Preis wieder vermietet werden. Die Unkosten sind infolge der fortgesetzten Steigerung der Ausgaben für Reinigung, Heizung, Beleuchtung, Instandsetzen, Ausbesserungen u. dgl. weiter angewachsen. Die Jahresrechnung weist unter Berücksichtigung des Zuschusses der Bürger für die 2. Hypothek einen Fehlbetrag von rund 17 200 M. auf. Die Rückzahlung der Ende 1916 bestehende Bankschuld erfordert 22 900 M. Außerdem sind für Hypotheken- und Anleihebeiträge 7900 M. aufzuwenden. Verschiedene der Börse nahestehende Unternehmungen und Persönlichkeiten haben der Gesellschaft 45 000 M. zur Verfügung gestellt. Auch das Jahr 1918 wird voraussichtlich wieder mit einem erheblichen Fehlbetrag abschließen. Unter Berücksichtigung der Abschreibungen von 9748 M. ergibt sich für das Berichtsjahr unter Einrechnung des Vortrages aus 1916 ein Gesamtverlust von 85 354,99 M. (99 373,66 M.), der auf jene Rechnung vorgelagert wird.

Nach der Bilanz auf 31. Dezember 1917 stehen bei einem Aktienkapital von 600 000 M., Hypotheken im Betrage von Mark 1 076 700 und einer Anleihe von 38 500 M., Grund und Boden mit 721 693 M. (wie L. V.), Gebäude mit 901 986 M. (911 097 M.), Fahrnisse mit 5733 M. (6370 M.) und Ausstände mit 1507,85 M. (0) zu Buch. Nach der Gewinn- und Verlustrechnung stehen 90 719,28 M. (68 967,71 M.) Mieteinnahmen, 5000 M. (wie L. V.) städtischem Zuschuß, 8400 M. (8100 M.) Teilzahlungen der Bürger und 41 000 M. (0) freiwilligen Zuschüssen 48 101,25 M. (48 490,42 M.) Zinsen, 33 251,36 M. (31 271,77 M.) Unkosten und Steuern und 9748 M. (9911,45 M.) Abschreibungen gegenüber.

Die Handelsvereinigung und der Einkauf in Russland.

Wie wir hören, hat die Handelsvereinigung für Getreide, Futtermittel und Saaten G. m. b. H. in Berlin nunmehr an die Interessenten die für die Beteiligung des deutschen Handels an der Einfuhr von Getreide, Futtermitteln und Saaten maßgeblichen Unterlagen durch Vermittlung des Verbandes der Getreide- und Futtermittel-Vereinigungen Deutschlands E. V., Berlin C. 2, Burgstr. 20, zur Versendung bringen lassen.

